

## **Fragen der Initiative „Rettet das HGH“ an die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien und Wählergemeinschaften**

Im folgenden Text ist der Begriff „Partei“ umfassend auch im Sinne von Wählergemeinschaft zu verstehen. Die Vereinfachung dient lediglich der besseren Lesbarkeit.

Auf die fünf Fragen der Initiative haben (in der Reihenfolge der eintreffenden Antworten) die FDP, die BfL, die CDU, die LINKE, die Wählergemeinschaft GAL, die Unabhängigen und die GRÜNEN reagiert. Die Antworten sind in der zeitlichen Reihenfolge des Eintreffens aufgelistet.

**FDP:** Die Beantwortung fällt uns insoweit etwas schwer, da wir - als einzige Partei - mit dem Konzept des kommunalen Betriebs von Senioreneinrichtungen, mit dem Lübeck eine Sonderrolle einnimmt, nicht übereinstimmen.

In unserem Programm haben wir zum Themenkreis folgendes Ziel formuliert:

"Die Stadt schafft gute Rahmenbedingungen für häusliche Pflege, für Seniorenheime und betreutes Wohnen in freier Trägerschaft und ohne Bevorzugung städtischer Angebote. Den Wunsch vieler Menschen, solange wie möglich im Alter in den eigenen vier Wänden leben zu können, sehen wir als Handlungsauftrag an die Politik. Der geplante Neubau von Senioreneinrichtungen in Lübeck wird durch freie Trägern umgesetzt. Das Gebäude des Heiligen-Geist-Hospitals soll mit erneuertem Brandschutz für andere Nutzungen zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel ein Mehr-Generationen-Haus."

**BfL:** Wir BfL waren, sind und bleiben für den bedingungslosen Erhalt des HGH als einer der ältesten aktiven Senioreneinrichtungen der Welt. WIR sind stolz darauf, wenn wir ansonsten auch gerne Finanzen im Vordergrund sehen; dieses ist allerdings nicht monetarisierbar und der ideelle Wert des Erhalts riesengroß! Insofern werden wir bedingungslos gegen Pläne vom Bürgermeister und seiner Verwaltung zu Felde ziehen – mit Presse oder eigenen Anträgen bzw. der Unterstützung von Anträgen anderer die diesbezüglich zielführend sind.

1. Das Konzept des Verwaltungsbereiches SeniorInneneneinrichtungen sieht vor, das Heiligen-Geist-Hospital (HGH) als vollstationäre Pflegeeinrichtung zu schließen. Im Februar 2023 hat die Bürgerschaft mehrheitlich diese Absicht der Verwaltung abgelehnt. Es bedarf aber nachhaltigen Willens, das Wohnen im Heiligen-Geist-Hospital dauerhaft zu erhalten.

***Wird für Ihre Partei die vollstationäre Pflegeeinrichtung im Heiligen-Geist-Hospital auch nach der Wahl ein unverzichtbarer Bestandteil der städtischen SeniorInnenfürsorge sein? Wie setzt sich Ihre Partei für den dauerhaften Betrieb der Pflegeeinrichtung ein?***

**CDU:** Die Menschen möchten auch im Falle einer Pflegebedürftigkeit in ihrem Quartier bleiben und in der vertrauten Umgebung in Würde gepflegt werden. Eine Stärke der Senioreneinrichtungen der Hansestadt Lübeck ist unter anderem, dass sie in den Quartieren vertreten sind. Diese Einrichtung ist die älteste ihrer Art in Europa, steht in einzigartiger Weise in der Tradition der Hanse und wird sowohl von Bewohnerinnen und Bewohnern als auch von den dort Beschäftigten in besonderer Weise geschätzt. Sie hat daher für die Lübecker CDU einen sehr hohen Stellenwert. Den Bürgerschaftsantrag für den Weiterbetrieb hat die Lübecker CDU maßgeblich mitinitiiert. Wir setzen uns weiterhin für den Erhalt und Weiterbetrieb am aktuellen Standort ein und werden auch durch entsprechende Beschlüsse Mittel zur Verfügung stellen. Wir wollen, dass das HGH im Konzept und Wirtschaftsplan der

Senioreneinrichtungen einen hohen Stellenwert genießt und auch langfristig durch den Betrieb gesichert ist. Hierzu bedarf es entsprechender politischer Beschlüsse, die wir unterstützen werden.

**DIE LINKE. Lübeck** strebt eine Anzahl von 1000 vollstationären Pflegeplätzen und damit einen Marktanteil von mindestens 20% in der Trägerschaft der Hansestadt Lübeck an. Deswegen wollen wir alle bestehenden vollstationären Pflegeplätze erhalten und neue errichten.

**GAL:** Wir werden uns auch nach der Wahl für den dauerhaften Erhalt der Pflegeeinrichtung im Heiligen-Geist-Hospital einsetzen und uns bei den Haushaltsverhandlungen aktiv für die nötige Finanzierung für eine Sanierung und Modernisierung stark machen.  
Wir brauchen in Lübeck mehr Pflegeplätze.

**Die Unabhängigen:** Die Senior:inneneinrichtung im HGH ist aus vielfältigen Gesichtspunkten zu erhalten. Unsere Argumente stimmen mit der Initiative Rettet das HGH überein. Wir werden auch nach der Kommunalwahl den Schließungsplänen des Bürgermeisters mit Sachverstand und Entschlossenheit widersprechen. Darüber hinaus unterstützen Die Unabhängigen die Neuaufstellung der SIE in Lübeck. Wir sehen stetig steigenden Bedarf. Deshalb haben wir neben dem HGH einen zusätzlichen Standort der SIE in der Innenstadt vorgeschlagen und können uns freigewordene Teile des Marienkrankenhauses dafür gut vorstellen. Leider ist die Bürgerschaft unserem Ansinnen bisher nicht gefolgt.

**Die GRÜNEN:** Wir wünschen uns, dass im Heiligen-Geist-Hospital dauerhaft eine SeniorInneneinrichtung betrieben wird und haben uns bei allen Abstimmungen in der Bürgerschaft entsprechend verhalten. Hierzu sind wir aktuell bestrebt, auf die Verwaltung einzuwirken, um die notwendigen Brandschutzverbesserungen umzusetzen und so die angekündigte Nutzungsuntersagung ab September 2023 verhindern und den Betrieb ohne Unterbrechungen fortsetzen zu können. Gleichzeitig gilt es, die grundhafte Sanierung der SeniorInneneinrichtung zu planen, ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten und entsprechend umzusetzen.

2. Die zuständigen Verantwortlichen der Verwaltung betonen, dass die erforderliche Grundsanieung des HGH nur gesamtheitlich und leerräumt erfolgen könne. Unabhängige Fachleute halten aber eine abschnittsweise Sanierung für möglich und sinnvoll, damit die BewohnerInnen wie gewünscht in nicht betroffenen Bereichen wohnen bleiben können.

***Wie steht Ihre Partei dazu, dass die BewohnerInnen des HGHs dort ohne Unterbrechung weiterleben möchten und wie unterstützen Sie diesen Wunsch? Setzt sich Ihre Partei auf kommunaler Ebene für eine abschnittsweise Sanierung im laufenden Betrieb ein? Ist es Wille Ihrer Partei, dass die bis zu 77 möglichen Innenstadt Bewohner des Heiligen-Geist-Hospitals die Weihnachtszeit 2023 in ihrer gewohnten Umgebung verbringen können?***

**CDU:** Gerade für ältere Menschen, die pflegebedürftig sind, wäre ein größerer Umzug aus der angestammten Umgebung und wohlmöglich aus dem Quartier fatal.

Es sollten so wenig belastende Eingriffe in den Lebensalltag der Bewohner erfolgen. Wir befürworten daher ausdrücklich eine abschnittsweise Sanierung wo immer diese möglich ist. Es ist schon belastend genug, wenn Menschen in einen anderen Bereich des HGH für die Zeit der Sanierung umgesiedelt werden müssen, aber damit können sie im Quartier und HGH bleiben. Wir setzen uns dafür ein, diese wenig belastende Maßnahmen in der möglichen Form umzusetzen und dass so viele Bewohner wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung – auch während der Sanierung – bleiben können.

**DIE LINKE. Lübeck** ist daran interessiert, dass jederzeit so viele vollstationäre Pflegeplätze wie möglich erhalten und belegt bleiben. Wenn eine abschnittsweise Sanierung des HGH möglich ist, soll diese vollzogen werden.

**GAL:** All diese Fragen können wir mit einem klaren Ja beantworten, wenn klar ist, dass die Grundsanierung im laufenden Betrieb erfolgen kann und die Lärmbelastung erträglich ist. Bei unserer Besichtigung der Einrichtung konnten wir uns davon überzeugen, dass dies möglich erscheint, wenn die Sanierung in Abschnitten erfolgt und die Leerstände genutzt werden.

**Die Unabhängigen:** Nach dem Konzept des Brandschutzingenieurs Schmidt vom 15.03.2023 ist eine Brandschutzsanierung während des laufenden Betriebes möglich. Damit ist die fachliche Grundlage vorgegeben, dass der Bürgerschaftsbeschluss vom 23.02.2023 umgesetzt und eine abschnittsweise Sanierung erfolgen kann. Die immer noch anders lautenden Äußerungen der Verwaltungsspitze sind den im HGH lebenden Menschen gegenüber unzumutbar. Hier wollen wir auf schnelle Rechtssicherheit drängen und nach der unerträglichen Hängepartie den Bewohner:innen eine Weihnachtszeit 2023 mit einer Bleibeperspektive ermöglichen.

**Die GRÜNEN:** Wir wünschen uns, die grundhafte Sanierung der SeniorInneneinrichtung im laufenden Betrieb durchführen zu können. Aktuell ist die Verwaltung beauftragt, hierfür ein entsprechendes Konzept zu entwickeln. Wir erwarten und hoffen, dass eine Sanierung im laufenden Betrieb zu vertretbaren Belastungen für Bewohner\*innen und Mitarbeiter\*innen führt und sind bereit, hierfür auch die notwendigen Mehrkosten in vertretbarem Rahmen zu tragen.

3. In den jüngsten Ausschuss-Sitzungen war erkennbar, dass die Verwaltung noch nicht aktiv Maßnahmen für einen Weiterbetrieb ergriffen hat (vor allem Ersatz der Brandmeldezentrale BMZ), sondern nur „mit Hochdruck die komplexen Möglichkeiten prüft“. Laut Akten hat es aber schon im vorigen Jahr eine Planung zum Austausch der BMZ gegeben. Unabhängige Fachleute halten es für realistisch, innerhalb von 3 Monaten den Austausch der BMZ zu beauftragen und zu vollziehen.

***Wie will Ihre Partei auf die Verwaltung und Verwaltungsspitze einwirken, damit diese den Bürgerschaftsbeschluss vom Februar 2023 umsetzt? Wie beurteilen Sie den Interessenskonflikt des Bürgermeisters in seiner Doppelrolle als Verwaltungschef einerseits und als Vorstand der HGH-Stiftung andererseits? Besteht hier Handlungsbedarf?***

**CDU:** Wichtig ist, dass entsprechende Beschlüsse zum Erhalt des HGH in der Bürgerschaft erfolgt sind. Die Verwaltung hat jetzt die Aufgabe, diese zeitnah

umzusetzen. Eine Verzögerung werden wir nicht tolerieren und in den zuständigen Fachausschüssen stetig nachfragen, wie der Stand der Umsetzung ist. Problematischer als die Doppelrolle des Bürgermeisters sehen wir seine Verweigerungshaltung in der Sache und dass er Sachargumenten und offensichtlichen Fakten, die einen Weiterbetrieb ermöglichen, ignoriert um seinen Willen durchzusetzen. Dies ist das eigentliche Problem an der Sache und wir werden ihm das nicht durchgehen lassen und uns weiterhin vehement dafür einsetzen, dass die Beschlüsse zeitnah umgesetzt werden.

**DIE LINKE. Lübeck:** In der Bürgerschaft und im Sozialausschuss hat DIE LINKE. Lübeck hat jederzeit dafür gestimmt, dass alle notwendigen Sanierungsmaßnahmen möglichst schnell umgesetzt werden. Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten von Bürgerschaft und Verwaltung sind die Einwirkungsmöglichkeiten (wenn diese in der Bedeutung von „zwingen“ gemeint sind) sehr gering. Möglich ist eine ständige Kontrolle der gefassten Beschlüsse (Sachstandsberichte) und/oder die Einberufung von Sondersitzungen.

**GAL:** Aus unserer Sicht ist es unverständlich, dass die Verwaltung noch nicht den Austausch der Brandmeldezentrale veranlasst hat. Der Bürgerschaftsbeschluss muss unverzüglich umgesetzt werden. Wir werden uns, wenn wir zukünftig als Fraktion einen Sitz in allen Ausschüssen erhalten (die Schwarz-Grüne Landesregierung hat kürzlich beschlossen, dass es mindestens drei Sitze bedarf, um eine Fraktion bilden zu können. Ohne Fraktionsstatus haben wir zwar Sitze in der Bürgerschaft jedoch kein Anrecht auf Sitze in den Ausschüssen), im Sozial- und Bauausschuss dafür einsetzen, dass die notwendige Brandmeldezentrale kommt. In der ersten Sitzung nach der Kommunalwahl muss sofort ein Antrag zur Finanzierung gestellt werden. - Zu der Frage, wie wir den „Interessenkonflikt“ beurteilen, können wir nur schwer beurteilen, ob dieser Konflikt tatsächlich besteht. In der jüngeren Vergangenheit kam es deshalb. unserer Kenntnis nach, nie zu Problemen.

**Die Unabhängigen:** Eine angemietete Brandmeldeanlage kann nach Aussagen des Brandschutzingenieurs die Anforderungen der Feuerwehr erfüllen. Sofern der Bürgermeister weiterhin die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses blockiert, würden wir disziplinarrechtliche Maßnahmen nach § 124 GO einzuleiten wollen. Offensichtlich stellt Herr Lindenau seine Interessen gegenüber den Vorgaben der Bürgerschaft und den Interessen der Stiftung voran und bringt sich selbst in einen Interessenskonflikt. Hier sehen wir Handlungsbedarf der Stiftungsaufsicht, um Schaden von der Stiftung fernzuhalten.

**Die GRÜNEN:** Die fehlenden Aktivitäten und Wille der Verwaltung zur vollständigen Umsetzung des genehmigten Brandschutzkonzeptes sehen wir in der Tat als hochproblematisch an, da ohne die Umsetzung der über das Interimskonzept hinaus notwendigen Brandschutzmaßnahmen die drohende Nutzungsuntersagung sehr viel wahrscheinlicher wird. Wir haben daher in der kommenden Hauptausschusssitzung beantragt, die offenen Maßnahmen unverzüglich umzusetzen und den Baubeginn zur Umsetzung des genehmigten Brandschutzkonzeptes anzuzeigen.

Den Interessenkonflikt des Bürgermeisters als gleichzeitiger oberster Vertreter der

Stiftung HGH und der unteren Bauaufsicht sehen auch wir, denn im Falle der notwendigen Einlegung von Rechtsmitteln der Stiftung bei Nutzungsuntersagung durch die Bauaufsicht würde der Bürgermeister quasi gegen sich selbst klagen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Stiftungsaufsicht und die Landesregierung diese Interessenkollision durch die Betrauung Dritter mit der Interessenvertretung der Stiftung auflöst.

4. Der Bereich SeniorInneneinrichtungen bewirbt im Internet das HGH mit der Schlagzeile „Erbaut im Jahr 1286. Immer noch Altenpflegeeinrichtung. Mitten in der Altstadt gelegen. UNESCO-Weltkulturerbe.“ Das Gebäude ist Teil des als Weltkulturerbe anerkannten Stadtgebiets. Das Leben im HGH jedoch, die „Altenpflegeeinrichtung“, will der Bereich SeniorInneneinrichtung aufgeben und damit eine kulturell einmalige lebendige Tradition beenden.

***Befürwortet Ihre Partei einen Antrag, die seit mehr als 700 Jahren währende Betreuung alter Menschen im HGH in die UNESCO-Liste des immateriellen Kulturerbes aufzunehmen? Wie wollen Sie dies aktiv unterstützen?***

**CDU:** Hierbei handelt es sich um einen charmanten Vorschlag, den wir intensiv prüfen wollen. Dieses Stück Lübscher Wohlfahrtskultur wollen und werden wir bewahren und auch vor den Taten des Bürgermeisters beschützen. Der dauerhafte Betrieb dieser Einrichtung im historischen Ambiente wird Herausforderungen beinhalten, wie bauliche Strukturen, macht aber einen sehr großen Charme aus. Dies kann auch eine Aufnahme des historischen HGH in seiner Funktion als langjährige Altenpflegeeinrichtung in die UNESCO-Liste beinhalten.

**DIE LINKE. Lübeck:** Die Idee ist interessant. Ob eine Antragstellung oder Aufnahme möglich ist, bedarf einer Prüfung in der Fraktion und im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege – wenn das Ergebnis ergibt, dass eine Antragstellung möglich ist, dann würde DIE LINKE dem zustimmen.

**GAL:** Ja, einen solchen Antrag befürworten wir und werden ihn entsprechend in der ersten Bürgerschaftssitzung nach der Kommunalwahl stellen.

**Die Unabhängigen:** Die über Jahrhunderte fortbestehende Nutzung des HGH ist ein schützenswertes, immaterielles Kulturerbe. Erste Diskussionen habe ich im Kulturausschuss angestoßen. Die BIRL unterstützt dies Ansinnen. Wir wollen die öffentliche Debatte dazu befördern und regen ein Symposium mit Expert:innen an. Dazu wird von den Unabhängigen in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege im Juni ein entsprechender Antrag an die Verwaltung gerichtet.

**Die GRÜNEN:** Ja, wir befürworten diesen Antrag und werden ihn aktiv unterstützen.

5. Die Akten zeigen, dass die Verwaltung die Schließung des HGH lange geplant hat, ohne die Politik, BewohnerInnen und Pflegenden zu informieren. Erst im November 2022 sollte die Bürgerschaft ihre Zustimmung (verborgen auf Seite 6f der Beschlussvorlage) dazu geben; aufmerksame PolitikerInnen haben dies verhindert. Der Einrichtungsbeirat war nicht vorab konsultiert worden. Auch die Pflegenden wurden erst nachträglich informiert. Nach öffentlichem Protest wurde eine

Informationsveranstaltung für BewohnerInnen und Angehörige angeboten, auf der die Verwaltung lediglich den Umzug in andere städtische Heime anbot.

**Wie bewertet Ihre Partei die Kommunikation der Verwaltung mit den Betroffenen beim Thema HGH (z.B. Verletzungen von Grundrechten)?**

**FDP:** Unbeschadet dieser Programmaussage, die vermutlich nicht mit Ihren Zielen in Einklang zu bringen ist, ist uns ein wertschätzender Umgang mit den pflegebedürftigen Menschen im HGH wichtig. Die Kommunikation der Stadt sehen wir kritisch und wünschen uns ein ehrliches Zugehen auf die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen.

**CDU:** Es wurde in der Verwaltung über die Köpfe der Betroffenen und der Politiker hinweg entschieden, dass die Einrichtung geschlossen werden sollte. Erst werden Tatsachen geschaffen, dann sickert etwas durch, dann erst wird mehr oder weniger offen kommuniziert. Hier macht sich die Verwaltung vom Kellner zum Koch! Hier entscheidet immer noch die Bürgerschaft. Dieses Vorgehen war und ist die falsche Strategie von Bürgermeister Lindenau und seiner Verwaltung. Wir stehen für offene und ehrliche Kommunikation und vor allem – sollten einmal unbequeme Entscheidungen anstehen – für eine frühzeitige Einbindung von Betroffenen und deren Vertretern. Das Vorgehen der Verwaltung ist überheblich und in keiner Weise angemessen.

**DIE LINKE. Lübeck:** Durch die vielen Presseveröffentlichungen, insbesondere zu dem Thema „Akteneinsicht“ ist offensichtlich, dass die Kommunikation nicht ordentlich funktioniert.

**GAL:** Als wir das Sanierungskonzept der SIE erhielten, hatten auch wir als Fraktion entschieden, dass das HGH aus dem Beschluss der Verwaltungsvorlage ausgeklammert werden muss. Einen entsprechenden Antrag mussten wir nicht mehr in der Bürgerschaft stellen, weil dieser, wenn wir es richtig erinnern, aus dem Sozialausschuss kam. Dem haben wir selbstverständlich zugestimmt. Die Kommunikation mit den Bewohner\*innen und Angehörigen sowie dem Einrichtungsbeirat ist sehr schlecht gelaufen. Allerdings wollen wir hier auch Selbstkritik und Kritik an allen Fraktionen/Parteien üben, denn der fehlende Brandschutz war bereits vor längerer Zeit im Sozialausschuss bekannt geworden, ohne dass eine Fraktion hierauf reagiert und Mittel für den Haushalt beantragt hätte. - Ob hier eine Verletzung von Grundrechten vorliegt, vermögen wir juristisch nicht zu beurteilen.

**Die Unabhängigen:** Die Informationspolitik und der Umgang der Verwaltungsspitze mit den Betroffenen und den politisch Verantwortlichen ist beschämend. Solch ein Verhalten einer öffentlichen Verwaltung muss unbedingt abgestellt werden. Leider ist dies kein Einzelfall. Die Unabhängigen haben sich vor über 5 Jahren gegründet, weil wir diese herablassende Kommunikation und mangelhafte Transparenz in Lübeck beenden wollen. Für diesen steinigen Weg brauchen wir einen langen Atem und viele Unterstützer. Nur wenn breite stadtgesehliche Schichten ihrem Protest öffentlich Ausdruck geben, kann etwas erreicht werden. Deshalb bin ich der Initiative Rettet das HGH dankbar, beharrlich, kompetent und mit Empathie für ihr Anliegen

einzutreten.

**Die GRÜNEN:** Wir hätten uns eine grundlegend andere Informationspolitik der Verwaltung gewünscht. Sinnvoll wäre aus unserer Sicht, die Runden Tische als ergebnisoffene Diskussionsplattformen schon im März/April 2022 durchzuführen, unmittelbar nachdem bekannt wurde, dass die grundhafte Sanierung der SeniorInneneinrichtung erheblich mehr kosten würde als bisher geplant. Auf diese Weise wäre eine Einbindung Aller in eine rechtzeitige Lösungsfindung gewährleistet gewesen.